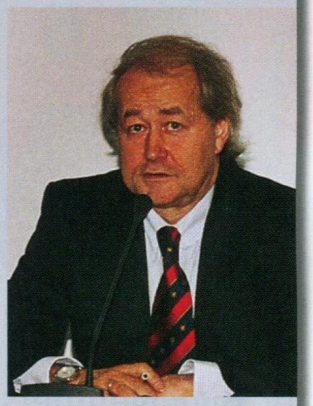
# Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

### Mogelpackung

Als „Irreführung der Öffentlichkeit" hat ifo-Chef Hans-Werner Sinn die von der Troika kolportierte Behauptung bezeichnet, Griechenland habe 2013 einen Haushaltsüberschuss von 0,8% erwirtschaftet. Tatsächlich habe das hellenische Haushaltsdefizit – wie von Eurostat nach den Maastricht-Regeln ermittelt – bei 23 Mrd. EUR gelegen, was 12,7% des griechischen BIP entspreche. Auch das Primärdefizit, also das Defizit ohne die Zinslasten des Staates, habe 2013 mit 8,7% vom BIP noch weit im negativen Bereich gelegen. Die Gesamtverschuldung ist seit 2012 um 18% auf einen neuen Rekordstand von 175% des BIP gestiegen. Auch die Prognosen zur Schuldentragfähigkeit Griechenlands beruhen offenbar auf völlig unrealistischen Wachstumsannahmen. Die erfolgte Rückkehr an die Finanzmärkte ist allein darauf zurückzuführen, dass die Rückzahlung der Staatsanleihen im Krisenfall – via EZB – von den Steuerzahlern anderer Länder übernommen wird. Ohne diese Garantie wäre Griechenland längst in die Staatspleite gerutscht.

### „Midas"

Auch die vor der Europa-Wahl hochgelobten, angeblichen Erholungstendenzen bewegen sich auf dünnem Eis. Der „Spiegel" sieht eine „trügerische Euphorie in der Euro-Krise". Das gilt insbesondere für Spanien, wo die Staatsschulden allein im Februar 2013 um über 8 Mrd. auf 987 Mrd. EUR (= 96,5% der Wirtschaftsleistung) gestiegen sind. Für 2014 rechnet man mit einem weiteren Budgetdefizit von 60 Mrd. EUR, was 5,8% des BIP entspräche. Über dem Land schwebt eine kaum noch kontrollierbare Bankenkrise. Offiziell haben die Institute von der spanischen Regierung bis jetzt über 100 Mrd. EUR an Transfers, Garantien und Krediten erhalten. Inoffiziell wird das Volumen der Bankenhilfen auf 220 Mrd. EUR geschätzt. Die Regierungspläne, Problemkredite in eine neue „Bad Bank" mit dem originellen Namen „Midas" auszusondern, erinnern an Münchhausens Versuch, sich am eigenen Zopf aus dem Sumpf zu ziehen.

### Im Kreis

Thomas Mayer, der frühere Chefvolkswirt der Deutschen Bank, meint, in der Schuldenkrise könne man nur noch auf Wunder hoffen. Sein aktuelles Zwischenfazit lautet: „Vorbei ist die Krise noch lange nicht. In keinem der Problemländer sind die Staatsfinanzen in einem beruhigenden Zustand. Die Schuldenquoten sind sogar gestiegen. Das Wirtschaftswachstum ist schwach und die Deflation sorgt dafür, dass der reale Wert der Schulden sogar steigt statt sinkt. Die Krise hat sich dank der EZB nur beruhigt. Sie hebelt den Markt aus. Das Risiko wird nicht mehr eingepreist. Wir sehen eine Zinskonvergenz wie nach der Einführung des Euro. Alle Staaten im Euroraum bekommen zu fast den gleichen Bedingungen Geld – auch die Schuldenstaaten. Wir drehen uns im Kreis."

### Soziale Wohltaten

Unter der Überschrift „Wie die große Sozialromantik-Koalition unsere Zukunft ruiniert" befasst sich die „Wirtschaftswoche" mit der aktuellen Regierungspolitik. Es bestehe die Gefahr, dass teure Wohltaten und kalte Progression Deutschland wieder zum kranken Mann Europas machten. Das gelte vor allem für die Rente mit 63 und den Mindestlohn. Das im EU-Vergleich starke Deutschland sei – gemessen an den internationalen Wachstumsländern – nur ein Scheinriese. Bund und Länder seien dabei, die Uhren um 10 Jahre zurückzustellen. Der eingeschlagene Weg führe zu höheren Sozialausgaben und Steuern sowie zu Reformverweigerung und sinkender Wettbewerbsfähigkeit. Schon heute liegt Deutschland bei der Steuer- und Abgabenlast – laut OECD – mit 49,3% auf Platz 2 der Industrienationen. Zum Vergleich: Direkte Wettbewerber wie Japan, Großbritannien, die USA und Kanada erweisen sich mit Belastungen unter der 32%-Marke als regelrechte Arbeitnehmer-Paradiese. Die kalte Progression wird allein zwischen 2014 und 2017 zusätzliche 55,8 Mrd. EUR in die Kassen des Fiskus spülen.

### Spionage im Boom

Deutschland ist zum bevorzugten Ziel von Cyberspionen in Europa geworden. Im Focus stehen Regierungsnetze, Banken und Industrieunternehmen. Es geht dabei ebenso um Spionage wie auch um Sabotage. Im Regelfall sind hier keine jugendlichen Internet-Freaks am Werk, sondern professionelle Täter, die häufig aus Fernost stammen und ganz gezielt im Auftrag von Regierungsorganisationen agieren. Meist richtet sich das Interesse auf technische Innovationen, deren illegale Beschaffung Milliarden für eigene F&E-Anstrengungen einspart. Immer öfter werden aber auch aktuelle kommerzielle Informationen wie Kalkulationen, Angebote und Marktstrategien ausgeforscht. Auch involvierte Consulting-Firmen und Anwaltskanzleien erhalten – oft unbemerkt – Besuch von Datendieben. Die meisten Unternehmen hierzulande haben die reale Gefahrendimension der Internet-Spionage noch nicht einmal erkannt, geschweige denn adäquate Abwehrmaßnahmen eingeleitet. Durch sogenannte Zero-Day-Attacken eingeschleuste Programme können Bildschirme fotografieren, Videos mitschneiden oder Eingaben auf der Tastatur mitlesen. Cyber-Kriminalität kann – wie aktuelle Beispiele zeigen – Firmen in die Pleite stürzen. Die Umsetzung und ständige Anpassung einer „maßgeschneiderten" Abwehr-Strategie ist Chefsache. Sie sollte nicht dem IT-Leiter alter Schule überlassen werden. Die Bedrohung ist immens: Der amerikanische Sicherheitsspezialist Fire Eye hat allein im letzten Quartal 2013 durchschnittlich 370 gezielte Attacken pro Tag auf Unternehmen in Europa registriert.